Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4149

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
III/4 — 80603 — 5184/69

Bonn, den 25. April 1969

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Arbeitslosenversicherung

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der Text des Abkommens in deutscher und serbo-kroatischer Sprache sowie eine Denkschrift hierzu nebst Anlagen liegen diesem Schreiben bei.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 337. Sitzung am 18. April 1969 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Brandt

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Arbeitslosenversicherung

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Belgrad am 12. Oktober 1968 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Arbeitslosenversicherung wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zur Durchführung des Abkommens

a) Verbindungsstellen zu bestimmen und deren Aufgaben abzugrenzen,

b) den Personen, auf die das Abkommen anzuwenden ist, aufzuerlegen, die erforderlichen Bescheinigungen zu beschaffen und vorzulegen und dabei bestimmte Formblätter zu verwenden,

c) Vereinbarungen über die Erstattung von Leistungen, die auf Grund des Artikels 11 Abs. 2 des Abkommens getroffen sind, in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil die Artikel 13 ff. des Abkommens unter anderem auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regeln.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift ermächtigt den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, die notwendigen Rechtsverordnungen zur Durchführung des Abkommens zu erlassen. Länderinteressen werden durch eine solche Rechtsverordnung nicht berührt werden; es wird daher nach Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes bestimmt, daß eine auf Grund dieser Ermächtigung erlassene Rechtsverordnung nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Zu Artikel 3

Das Abkommen sowie nach Artikel 2 dieses Gesetzes erlassene Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; der Entwurf enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Das Abkommen tritt nach seinem Artikel 25 Abs. 2 am ersten Tage des zweiten Monates nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. Nach Artikel 4

Abs. 2 des Entwurfs ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bei der Durchführung des Abkommens werden Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Das Abkommen wird für den Bund voraussichtlich keine Mehraufwendungen für die Arbeitslosenhilfe mit sich bringen, da § 132 des Entwurfs eines Arbeitsförderungsgesetzes (Bundestagsdrucksache V/2291) mit Rücksicht auf Artikel 3 des Übereinkommens Nr. 118 der IAO die Gleichbehandlung von Deutschen und Nichtdeutschen vorsieht.

Nur wenn es bei der gegenwärtigen Rechtslage bliebe, die zwischen Deutschen und Nichtdeutschen unterscheidet, würde es zu Mehraufwendungen kommen. Diese würden sich jedoch in engen Grenzen halten, da nach der Fünften Durchführungsverordnung zum AVAVG vom 22. Mai 1958 (Bundesgesetzblatt I S. 377) Ausländer Deutschen bereits weitgehend gleichgestellt sind und Artikel 7 § 2 des Finanzplanungsgesetzes die Kosten der sogenannten Anschlußarbeitslosenhilfe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auferlegt hat.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Arbeitslosenversicherung

Sporazum izmedju Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o osiguranju u slučaju nezaposlenosti

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE SOZIALISTISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK JUGOSLAWIEN

IN DEM WUNSCHE, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sozialen Sicherheit für den Fall der Arbeitslosigkeit zu regeln,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, hierüber folgendes Abkommen zu schließen:

SAVEZNA REPUBLIKA NEMAČKA
i
SOCIJALISTIČKA FEDERATIVNA REPUBLIKA JUGOSLAVIJA

U ŽELJI da regulišu odnose izmedju obe države u oblasti socijalnog obezbedjenja za slučaj nezaposlenosti,

SAGLASILE su se da zaključe sledeći Sporazum:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Gebiet"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien deren Hoheitsgebiet;

2. „Staatsangehöriger"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien deren Staatsbürger;

3. „Rechtsvorschriften"

   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;

4. „zuständige Behörde"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Odeljak I
Opšte odredbe

Član 1
Odredbe o pojmovima

U ovom Sporazumu izrazi znače:

1. »područje«

   u odnosu na Saveznu Republiku Nemačku
   područje važnosti Osnovnog zakona za Saveznu Republiku Nemačku,

   u odnosu na Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju
   njenu državnu teritoriju;

2. »državljanin«

   u odnosu na Saveznu Republiku Nemačku
   Nemca u smislu Osnovnog zakona za Saveznu Republiku Nemačku,

   u odnosu na Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju njenog državljanina;

3. »pravni propisi«

   zakone, uredbe, statute i druge opšte pravne propise koji se odnose na grane socijalnog obezbedjenja navedene u članu 2, stav 1;

4. »nadležna vlast«

   u odnosu na Saveznu Republiku Nemačku
   saveznog ministra za rad i socijalno uredjenje,

in bezug auf die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien den Bundesrat für Arbeit;

5. „Träger"
die Einrichtung oder Behörde, der die Durchführung in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;

6. „Angehöriger"
einen Angehörigen im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

7. „Beschäftigung"
eine Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenhilfe;
2. auf die jugoslawischen Rechtsvorschriften über die materielle Sicherung im Falle der Arbeitslosigkeit.

(2) Rechtsvorschriften im Sinne des Absatzes 1 sind nicht diejenigen, die sich für einen Vertragsstaat aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt, soweit sich nicht aus Artikel 6 Absatz 2 oder aus den nach Artikel 6 Absatz 3 anzuwendenden Rechtsvorschriften etwas anderes ergibt, für

a) Staatsangehörige der Vertragsstaaten,
b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951.

Artikel 4

Grundsatz der Gleichbehandlung

Die Personen, für die dieses Abkommen nach Artikel 3 gilt, sind in ihren Rechten und Pflichten aus den in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten einander gleichgestellt, soweit nicht in Artikel 22 etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 5

Wirkung von Einkünften oder Beschäftigungsverhältnissen auf die Versicherungspflicht und auf Leistungen im Gebiet des anderen Vertragsstaates

Soweit nach den Vorschriften des einen Vertragsstaates eine Leistung aus der Sozialen Sicherheit oder Einkommen anderer Art oder eine Beschäftigung rechtliche Auswirkungen auf die Versicherungspflicht oder auf eine Leistung nach diesem Abkommen hat, kommt die gleiche Wirkung auch gleichartigen Leistungen und gleichartigen Einkommen aus dem Gebiet des anderen Vertragsstaates und einer gleichartigen Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu.

Abschnitt II

Arbeitslosenversicherungspflicht

Artikel 6

Allgemeiner Grundsatz

(1) Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in

u odnosu na Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju Savezni savet za rad;

5. »nosilac«
ustanovu ili nadleštvo u čiju nadležnost spada sprovodjenje pravnih propisa navedenih u članu 2, stav 1;

6. »član porodice«
člana porodice u smislu pravnih propisa koje treba primeniti;

7. »zaposlenje«
zaposlenje ili delatnost u smislu pravnih propisa koje treba primeniti.

Član 2

Stvarna oblast važenja

(1) Ovaj Sporazum se odnosi:

1. na nemačke pravne propise o osiguranju za slučaj nezaposlenosti i nezaposleničku pomoć;
2. na jugoslovenske pravne propise o materijalnom obezbedjenju u slučaju nezaposlenosti.

(2) Pravni propisi u smislu stava 1. nisu oni koji za državu ugovornicu proizilaze iz medjunarodnih ugovora ili naddržavnog prava, ili služe za njihovo izvršavanje.

Član 3

Obuhvaćena lica

Ovaj Sporazum važi, ukoliko se pravnim propisima u smislu člana 6. stav 2. ili člana 6. stav 3. ne odredjuje drukčije, za

a) državljane država ugovornica
b) izbeglice u smislu člana 1. Konvencije o pravnom položaju izbeglica od 28. jula 1951. godine.

Član 4

Načelo jednakog tretiranja

Lica za koja važi ovaj Sporazum prema članu 3. izjednačena su u svojim pravima i dužnostima iz pravnih propisa obeju država ugovornica navedenih u članu 2. ukoliko u članu 22. nije drukčije odredjeno.

Član 5

Dejstvo prihoda ili uslova za zapošljavanje na obavezu osiguranja i na davanja na teritoriji druge države ugovornice

Ukoliko prema propisima jedne države ugovornice neko davanje iz socijalnog osiguranja ili prihoda druge vrste ili zaposlenja prema ovom Sporazumu ima pravno dejstvo na obavezu osiguranja ili na neko davanje, onda isto dejstvo imaju i istorodna davanja i istorodni prihodi sa teritorije druge države ugovornice i istorodno zaposlenje sa teritorije druge države ugovornice.

Odeljak II

Obaveza osiguranja za slučaj nezaposlenosti

Član 6

Opšte načelo

(1) Obaveza osiguranja radnika odredjuje se prema pravnim propisima one države ugovornice na čijoj su

dessen Gebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Für die Besatzung eines Seeschiffes gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge es führt. Wird ein Arbeitnehmer, der sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaates führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Gebiet des ersten Vertragsstaates hat und nicht Eigentümer des Schiffes ist, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Werden auf Grund eines Abkommens über Soziale Sicherheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien auf eine Beschäftigung, die im Gebiet eines der Vertragsstaaten ausgeübt wird, die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates angewendet, so gelten die in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

teritoriji zaposleni; ovo takodje važi, ako se poslodavac nalazi na teritoriji druge države ugovornice.

(2) Za posadu pomorskog broda važe pravni propisi one države ugovornice čiju zastavu nosi. Ako je radnika, koji stalno boravi na teritoriji jedne države ugovornice, privremeno zaposlio na pomorskom brodu koji nosi zastavu druge države ugovornice, poslodavac koji svoje sedište ima na teritoriji prve države ugovornice a nije vlasnik broda, važe pravni propisi prve države ugovornice kao da je zaposlen na njenoj teritoriji.

(3) Ako se na osnovu Sporazuma o socijalnom obezbedjenju izmedju Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije na zaposlenje, koje se vrši na teritorije jedne od država ugovornica, primenjuju pravni propisi druge države ugovornice, onda važe pravni propisi druge države ugovornice koji su navedeni u članu 2.

Abschnitt III
Leistungsrecht

Artikel 7
Allgemeiner Grundsatz

Bei der Feststellung des Anspruchs, der Höhe der Leistung und der Anspruchsdauer sowie auf das Verfahren sind die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet der Anspruch geltend gemacht wird, soweit nicht in diesem Abschnitt Abweichendes bestimmt ist.

Artikel 8
Berücksichtigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates zurückgelegter Versicherungszeiten für die Erfüllung der Anwartschaftszeit

(1) Wird der Anspruch bei dem Träger im Gebiet desjenigen Vertragsstaates geltend gemacht, in dem der Arbeitnehmer arbeitslos geworden ist, so berücksichtigt dieser Träger, soweit für die Erfüllung der Anwartschaftszeit erforderlich, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates in den letzten zwei Jahren vor der Geltendmachung des Anspruchs zurückgelegten Versicherungszeiten, als ob es Versicherungszeiten wären, die nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates zurückgelegt worden sind. Das gilt jedoch nur, wenn der Arbeitnehmer nach seiner letzten Einreise in das Gebiet des Vertragsstaates, in dem er arbeitslos geworden ist, mindestens vier Wochen beschäftigt gewesen ist.

(2) Wird der Anspruch bei dem Träger im Gebiet des anderen Vertragsstaates geltend gemacht, so berücksichtigt dieser Träger, soweit für die Erfüllung der Anwartschaftszeit erforderlich, die im Gebiet des ersten Vertragsstaates in den letzten zwei Jahren vor der Geltendmachung des Anspruchs zurückgelegten Versicherungszeiten, als ob es Versicherungszeiten wären, die nach den für den Träger des anderen Vertragsstaates geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind. Das gilt jedoch nur, wenn

a) der Arbeitnehmer ohne sein Verschulden arbeitslos geworden ist,

b) der Träger des ersten Vertragsstaates der Rückkehr des Arbeitnehmers in das Gebiet des Vertragsstaates, dessen Staatsangehöriger der Arbeitnehmer ist, zugestimmt hat und

Odeljak III
Pravo na davanje

Član 7
Opšte načelo

Prilikom utvrdjivanja prava na davanja, visine davanja i trajanja davanja, kao i u pogledu postupka, primenjuju se pravni propisi one države ugovornice na čijoj je teritoriji istaknuto to pravo, ukoliko u ovom odeljku nije drukčije odredjeno.

Član 8
Uzimanje u obzir vremena osiguranja navršenog na teritoriji druge države ugovornice za ispunjenje vremena čekanja

(1) Ako se zahtev podnese nosiocu one države ugovornice u kojoj je radnik ostao nezaposlen, ovaj će nosilac, ukoliko je potrebno za ispunjenje vremena čekanja, uzeti u obzir vremena osiguranja navršena na teritoriji druge države ugovornice u poslednje dve godine pre podnošenja zahteva kao da se radi o vremenima osiguranja navršenim prema pravnim propisima prve države ugovornice. Medjutim, to važi samo onda ako je radnik nakon svog poslednjeg ulaska na teritoriju države ugovornice u kojoj je ostao nezaposlen bio zaposlen najmanje četiri nedelje.

(2) Ako se zahtev podnese nosiocu na teritoriju druge države ugovornice, ovaj će nosilac, ukoliko je potrebno za ispunjenje vremena čekanja, uzeti u obzir vremena osiguranja navršena na teritoriji prve države ugovornice u poslednje dve godine pre postavljanja zahteva, kao da se radi o vremenima osiguranja navršenim prema pravnim propisima koji važe za nosioca druge države ugovornice. Medjutim, to važi samo ako je

a) radnik ostao nezaposlen bez svoje krivice

b) nosilac prve države ugovornice odobrio povratak radnika na teritoriju države ugovornice čiji je radnik državljanin i

c) der Arbeitnehmer innerhalb sechs Wochen, gerechnet vom Tage der Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder des Bezuges von Arbeitslosengeld im ersten Vertragsstaat, die Leistungen im zweiten Vertragsstaat beantragt.

Der Arbeitnehmer hat die Zustimmung nach Buchstabe b vor der Rückkehr zu beantragen; er kann den Antrag in dringenden Ausnahmefällen auch nach der Rückkehr innerhalb von sechs Wochen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder des Bezuges von Arbeitslosengeld stellen.

(3) Die Zustimmung nach Absatz 2 Buchstabe b ist nur zu erteilen, wenn der Arbeitslose

a) nach Eintritt der Arbeitslosigkeit während eines zusammenhängenden Zeitraumes von mindestens vier Wochen nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates Leistungen für Vollarbeitslosigkeit erhalten hat oder

b) vor Eintritt der Arbeitslosigkeit mindestens drei Jahre lang in dem Gebiet des ersten Vertragsstaates beschäftigt gewesen ist und dessen Rechtsvorschriften unterlegen hat.

Im Falle des Buchstaben a kann die Zustimmung bereits vor Ablauf der Frist erteilt werden, wenn im Hinblick auf die Lage des Arbeitsmarktes zu erwarten ist, daß der Arbeitnehmer bis zum Ablauf der Frist arbeitslos bleiben würde. Im Falle des Buchstaben b kann die Zustimmung versagt werden, wenn keine persönlichen oder sonstigen Gründe vorliegen, die eine Rückkehr rechtfertigen.

(4) Ist dem Arbeitnehmer von dem Träger des anderen Vertragsstaates der Anspruch wegen Arbeitsablehnung oder Arbeitsaufgabe ohne berechtigten Grund oder wegen Entlassung aus einem vom Arbeitnehmer zu vertretenden Grunde entzogen worden, so werden Versicherungszeiten, die vor der Entziehung liegen, nach den Absätzen 1 und 2 nicht berücksichtigt.

Artikel 9

Anspruchsdauer

(1) Bei der Festsetzung der Anspruchsdauer werden auch die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt, soweit dies erforderlich ist, um eine Leistungsdauer von höchstens sechsundzwanzig Wochen zu begründen.

(2) Die Anspruchsdauer wird um die Zeiten gemindert, für welche der Träger im Gebiet des anderen Vertragsstaates dem Arbeitnehmer Leistungen der gleichen Art innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tage der Antragstellung gewährt hat, es sei denn, daß der Arbeitnehmer nach dem Bezug dieser Leistungen eine neue Anwartschaftszeit erfüllt hat. Artikel 8 Absatz 4 gilt entsprechend.

Artikel 10

Bemessung der Leistung

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Leistung von der Höhe des vorher erzielten Entgelts ab, so wird für die Zeit der Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates bei der Bemessung der Leistung das durchschnittliche tarifliche oder, wenn eine tarifliche Regelung nicht besteht, das ortsübliche Arbeitsentgelt einer vergleichbaren Beschäftigung am Wohnort zugrunde gelegt.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Leistung von der Zahl der Ange-

c) radnik u roku od šest nedelja, računajući od dana prestanka radnog odnosa, ili primitka davanja za slučaj nezaposlenosti u prvoj državi ugovornici, postavio zahtev za davanja u drugoj državi ugovornici.

Radnik treba da traži odobrenje pre povratka; u hitnim izuzetnim slučajevima može da podnese molbu i posle povratka u roku od šest nedelja po završetku radnog odnosa ili primitka davanja za slučaj nezaposlenosti.

(3) Odobrenje izdaje se samo ako je nezaposleni:

a) od početka nezaposlenosti za neprekidno vreme od najmanje četiri nedelje primao davanja za punu nezaposlenost prema pravnim propisima prve države ugovornice, ili

b) pre početka nezaposlenosti bio najmanje tri godine zaposlen na teritoriji prve države ugovornice i podležao njenim pravnim propisima.

U slučaju iz slova a) odobrenje se može izdati i pre isteka roka ako bi se s obzirom na potrebe u radnoj snazi moglo očekivati da će radnik ostati nezaposlen do isteka roka. U slučaju iz slova b) saglasnost se može uskratiti ako ne postoje lični ili ostali razlozi koji bi opravdavali povratak.

(4) Ako nosilac druge države ugovornice uskrati radniku pravo na davanje zbog odbijanja rada ili napuštanja rada bez opravdanog razloga ili zbog otpuštanja zbog krivice radnika, vremena osiguranja, koja su navršena pre uskraćivanja prava, neće se uzeti u obzir u smislu stava 1. i 2.

Član 9

Trajanje prava na davanje

(1) Prilikom odredjivanja trajanja prava u obzir se uzimaju i vremena osiguranja koja su navršena prema pravnim propisima druge države ugovornice, ukoliko je to potrebno, da bi se odredilo trajanje davanja od najviše dvadeset i šest nedelja.

(2) Trajanje davanja smanjuje se za ona vremena za koja je nosilac na teritoriji druge države ugovornice radniku odobrio davanje iste vrste u roku poslednjih dvanaest meseci pre dana postavljanja zahteva, izuzev ako je radnik posle primanja ovih davanja ispunio novo vreme čekanja. Stav 4. člana 8. važi analogno.

Član 10

Odmeravanje davanja

(1) Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice visina davanja zavisi od visine prethodno postignute naknade, za vreme zaposlenja na teritoriji druge države ugovornice prilikom odmeravanja davanja kao osnov uzeće se prosečna tarifska, ili ako ne postoji tarifsko regulisanje, uobičajena naknada za rad nekog sličnog zaposlenja u mestu stanovanja.

(2) Ako prema pravnim propisima jedne države ugovornice visina davanja zavisi od broja članova porodice,

hörigen ab, so berücksichtigt der Träger bei der Bemessung der Leistung auch die Angehörigen des Arbeitnehmers, die sich gewöhnlich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, so als hielten sie sich gewöhnlich im Gebiet des ersten Vertragsstaates auf. Der Träger hat an den Angehörigen, dessen Vormund oder diejenige Person, Anstalt oder Behörde, in deren Obhut der Angehörige sich befindet oder die ihm Unterhalt gewährt, den Teil der Leistung zu überweisen, den er nach Maßgabe der für ihn geltenden Rechtsvorschriften an eine dieser Personen oder Stellen auszahlen würde, wenn sich der Angehörige im Gebiet des Vertragsstaates gewöhnlich aufhielte, in dem der Träger seinen Sitz hat.

Artikel 11

Erstattung von Leistungen der Arbeitslosenversicherung an den Träger des anderen Vertragsstaates

(1) Sind in den Fällen des Artikels 8 Absatz 2 bei der Festsetzung von Leistungen Versicherungszeiten von mindestens sechsundzwanzig Wochen zu berücksichtigen, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegt worden sind, so erstattet der Träger des Vertragsstaates, in dessen Gebiet der Arbeitnehmer arbeitslos geworden ist, dem Träger des anderen Vertragsstaates das Arbeitslosengeld, das dieser nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften für eine Dauer von höchstens sechs Monaten gewährt hat; hat der Träger auf Grund gesetzlicher Verpflichtung aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung Beiträge zur Krankenversicherung und zum Kindergeld entrichtet, so sind auch diese Beiträge zu erstatten. Die Dauer von sechs Monaten vermindert sich um die Zeit, für die der Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften nach Eintritt der Arbeitslosigkeit bereits Leistungen gewährt hat. Für die Erstattung werden nur Leistungen berücksichtigt, die während der ersten zwölf Monate nach Beendigung der im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausgeübten letzten Beschäftigung des Arbeitnehmers gewährt worden sind.

(2) Die zuständigen Behörden vereinbaren das Nähere über die Erstattung von Leistungen nach Absatz 1. Die Vereinbarung kann vorsehen, daß die Höhe des zu erstattenden Betrages pauschal errechnet wird.

Abschnitt IV
Verschiedene Vorschriften

Artikel 12

Amts- und Rechtshilfe

Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung dieses Abkommens gegenseitig Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos.

Artikel 13

Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Arbeitslosenversicherung werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

nosilac prilikom odmeravanja davanja uzima u obzir takodje one članove porodice radnika, koji stalno borave na teritoriji druge države ugovornice kao da borave na teritoriji prve države ugovornice. Nosilac mora članu porodice, njegovom staratelju ili onom licu, ustanovi ili nadleštvu pod čijim prokroviteljstvom se član porodice nalazi ili koji mu daje izdržavanje, doznačiti deo davanja koji bi, shodno pravnim propisima koji za njega važe, isplatio jednom od tih lica ili organa, ako član porodice stalno boravi na teritoriji one države ugovornice u kojoj nosilac ima svoje sedište.

Član 11

Naknada davanja iz osiguranja za slučaj nezaposlenosti nosiocu druge države ugovornice

(1) Ako se u slučajevima iz člana 8. stav 2. prilikom odredjivanja davanja uzmu u obzir vremena osiguranja od najmanje dvadeset i šest nedelja, koja su navršena prema pravnim propisima druge države ugovornice, nosilac one države ugovornice, na čijoj je teritoriji radnik ostao bez posla, nadoknadjuje nosiocu druge države ugovornice novčana davanja za nezaposlene koja je ovaj prema pravnim propisima koji za njega važe odobrio u trajanju od najviše šest meseci; ako je nosilac na osnovu zakonske obaveze iz svojih sredstava osiguranja za nezaposlenost uplaćivao doprinose za zdravstvenu zaštitu i dodatak na decu ovi se doprinosi takodje nadoknadjuju. Ovo trajanje od 6 meseci umanjuje se za ono vreme za koje je nosilac prve države ugovornice prema pravnim propisima koji za njega važe već odobrio davanje posle nastupanja nezaposlenosti. Za naknadu se u obzir uzimaju samo davanja koja su odobrena za vreme prvih dvanaest meseci posle okončanja poslednjeg zaposlenja radnika na teritoriji prve države ugovornice.

(2) Nadležne vlasti utvrdjuju detalje o naknadi davanja prema stavu 1. U dogovoru se može predvideti da se visina iznosa koji treba nadoknaditi izračuna paušalno.

Odeljak IV
Razne odredbe

Član 12

Administrativna i pravna pomoć

Nosioci, udruženja nosilaca, organi i sudovi država ugovornica pružaju uzajamnu pomoć u sprovodjenju ovog Sporazuma kao da primenjuju pravne propise koji za njih važe. Pomoć je besplatna.

Član 13

Priznavanje i izvršavanje odluka i isprava

(1) Izvršne odluke sudova, kao i izvršne isprave nosilaca ili organa jedne države ugovornice o doprinosima i ostalim potraživanjima iz osiguranja za nezaposlene priznaju se u drugoj državi ugovornici.

(2) Priznavanje se može uskratiti samo ako je u suprotnosti sa javnim poretkom države ugovornice u kojoj treba da se prizna odluka ili isprava.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunden muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Gebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie in Konkurs- und Vergleichsverfahren im Gebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Gebiet dieses Vertragsstaates.

Artikel 14

Befreiung von Steuern und Gebühren sowie Verzicht auf die Legalisation von Urkunden und Schriftstücken

(1) Sind Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer der in Artikel 12 genannten Stellen eines Vertragsstaates vorzulegen sind, ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei Durchführung des Abkommens einer entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die bei Durchführung des Abkommens einer der in Artikel 12 genannten Stellen eines Vertragsstaates vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaates keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 15

Unmittelbarer Verkehr der beteiligten Stellen Zustellung von Bescheiden im anderen Vertragsstaat

Die in Artikel 12 genannten Stellen können bei Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Artikel 16

Einreichung von Anträgen, Erklärungen und Rechtsbehelfen

Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

Artikel 17

Verwaltungsvereinbarungen — Verbindungsstellen

(1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung des Abkommens benennt jeder Vertragsstaat eine Verbindungsstelle. Diese ist

(3) Izvršne odluke i isprave priznate na osnovu stava 1. izvršavaju se u drugoj državi ugovornici. Izvršni postupak se vodi prema pravnim propisima koji u državi ugovornici, na čijoj teritoriji treba da se izvrše, važe za izvršenje odgovarajućih odluka i isprava izdatih u toj državi. Primerak odluke ili isprave mora biti snabdeven potvrdom o izvršnosti (klauzulom o izvršenju).

(4) Potraživanja nosilaca na teritoriji jedne države ugovornice u pogledu zaostataka doprinosa, imaju pri izvršenju u stečajnom postupku i u postupku poravnanja na teritoriji druge države ugovornice isto pravo prvenstva kao odgovarajuća potraživanja na teritoriji te države ugovornice.

Član 14

Oslobodjanje od poreza i taksa kao i odricanje od legalizacije dokumenata i isprava

(1) Ako su dokumenti ili ostale isprave, koji se podnose organima jedne države ugovornice, koji su navedeni u članu 12, oslobodjeni delimično ili sasvim poreza ili taksa, uključujući i konzularne takse i administrativna davanja, onda se to oslobadjanje odnosi i na dokumenta ili ostale isprave koji se podnose odgovarajućem organu druge države ugovornice prilikom sprovodjenja ovog Sporazuma.

(2) Za dokumenta koja se prilikom sprovodjenja Sporazuma podnose jednom od organa navedenih u članu 12. jedne države ugovornice, nije potrebna legalizacija ili neka druga slična formalnost radi upotrebe u organima druge države ugovornice.

Član 15

Neposredno saobraćanje zainteresovanih organa, dostavljanje rešenja u drugoj državi ugovornici

Organi navedeni u članu 12. prilikom izvršenja ovog Sporazuma mogu medjusobno i neposredno sa zainteresovanim licima i njihovim predstavnicima saobraćati na svojim službenim jezicima. Ovime se ne dira u pravne propise o korišćenju prevodilaca. Presude, rešenja ili ostale isprave mogu se dostaviti licu koje boravi na teritoriji druge države ugovornice neposredno preporučenim pismom sa potvrdom.

Član 16

Podnošenje zahteva, izjava i pravnih sredstava

Ako je zahtev za davanje podnet prema pravnim propisima jedne države ugovornice organu u drugoj državi ugovornici, kome je dozvoljeno primanje zahteva za odgovarajuće davanje prema pravnim propisima koji za njega važe, smatra se da je zahtev podnet nadležnom nosiocu. To analogno važi za ostale zahteve, kao i izjave i pravna sredstva.

Član 17

Administrativni sporazumi — organi za vezu

(1) Nadležne vlasti mogu ugovoriti administrativne mere koje su potrebne za sprovodjenje ovog Sporazuma. One se medjusobno obaveštavaju o izmenama i dopunama pravnih propisa navedenih u članu 2.

(2) Za sprovodjenje Sporazuma svaka država ugovornica odredjuje organ za vezu. To je

in der Bundesrepublik Deutschland
die Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg,

in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
das Bundesbüro für Einstellung und Beschäftigung (Savezni biro za poslove zapošljavanja) in Belgrad.

u Saveznoj Republici Nemačkoj Glavni ured Saveznog zavoda za posredovanje rada i osiguranja za slučaj nezaposlenosti u Nirnbergu,

u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji Savezni biro za poslove zapošljavanja u Beogradu.

Artikel 18

Schadenersatzansprüche gegen Dritte

(1) Hat eine Person, die nach den in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften im Gebiet des einen Vertragsstaates Leistungen für den Fall der Arbeitslosigkeit zu erhalten hat, nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Ersatz des durch die Arbeitslosigkeit entstandenen Schadens gegen einen Dritten, so geht dieser Schadenersatzanspruch nach Maßgabe der für den verpflichteten Träger geltenden Rechtsvorschriften auf diesen über.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaates nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadenfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaates auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaates auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Član 18

Pravo na nadoknadu štete od trećeg lica

(1) Ako lice, koje prema pravnim propisima navedenim u članu 2, treba da primi davanja za slučaj nezaposlenosti na teritoriji jedne države ugovornice, prema pravnim propisima druge države ugovornice ima prava na naknadu štete od trećeg lica, koja je nastala usled nezaposlenosti, ovo pravo na naknadu prema pravnim propisima koji važe za nosioca koji je obavezan na plaćanje davanja, prelazi na njega.

(2) Ako nosilac jedne države ugovornice prema njenim pravnim propisima ima originarno pravo na naknadu štete od trećeg lica, to pravo priznaje druga država ugovornica.

(3) Ako prava na naknadu štete u pogledu istovetnih davanja za isti slučaj ima kako nosilac jedne države ugovornice tako i nosilac druge države ugovornice, nosilac jedne države ugovornice na traženje nosioca druge države ugovornice postavlja takodje i njegov zahtev za naknadu. Treće lice može potraživanja oba nosioca izmiriti plaćanjem jednom ili drugom nosiocu sa oslobadjajućim dejstvom. U medjusobnom odnosu nosioci su dužni da se namire u srazmeri sa davanjima koja moraju da pruže.

Artikel 19

Zahlungsverkehr

Zahlungen nach diesem Abkommen können von dem Träger eines Vertragsstaates an eine Person oder Stelle, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet, in dessen Währung mit befreiender Wirkung geleistet werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaates zu leisten. Hat ein Träger in den Fällen der Artikel 13 und 18 an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaates zu leisten.

Član 19

Platni promet

Isplate prema ovom Sporazumu nosilac jedne države ugovornice može nekom licu ili organu, koji se nalazi na teritoriji druge države ugovornice, dati u svojoj valuti sa oslobadjajućim dejstvom. U odnosu izmedju nosioca i nosioca prava za obračunavanje merodavan je kurs dana koji je uzet kao osnov prilikom dostavljanja novca. Ako nosilac treba da vrši isplate nosiocu druge države ugovornice, isplatu će izvršiti u valuti druge države ugovornice. Ako nosilac u slučajevima iz člana 13. i 18. mora da izvrši isplate nosiocu druge države ugovornice, ove isplate vrše se u valuti prve države ugovornice.

Artikel 20

Erstattung von Vorschüssen und zu Unrecht gewährten Leistungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaates einer Person zu Unrecht Leistungen gewährt, so kann auf dessen Ersuchen und zu dessen Gunsten der zuständige Träger des anderen Vertragsstaates den zu Unrecht gewährten Betrag von einer Nachzahlung oder den laufenden Zahlungen an den Berechtigten nach Maßgabe der für ihn geltenden Rechtsvorschriften einbehalten.

(2) Hat ein Leistungsempfänger Unterstützung von einem Fürsorgeträger eines Vertragsstaates für eine Zeit erhalten, für die er zum Bezug von Leistungen der Arbeitslosenversicherung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates berechtigt ist, so hat der Träger dieses Vertragsstaates nach Maßgabe seiner eigenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften auf Ersuchen und zu-

Član 20

Naknada akontacije i nepravilno odobrenih davanja

(1) Ako je nosilac jedne države ugovornice nekom licu nepravilno odobrio davanja, na njegovo traženje i u njegovu korist nadležni nosilac druge države ugovornice može nepravilno odobreni iznos zadržati (obustaviti) od kasnijeg plaćanja ili obustaviti tekuća plaćanja nosiocu prava prema pravnim propisima koji za njega važe.

(2) Ako je neki primalac davanja dobio pomoć od nosioca-staratelja jedne države ugovornice za vreme za koje prema pravnim propisima druge države ugovornice ima pravo na primanje davanja iz osiguranja za slučaj nezaposlenosti, nosilac te države ugovornice, prema svojim nacionalnim pravnim propisima mora da, na traženje i u korist odnosnog staratelja iznos, koji je

gunsten des betreffenden Fürsorgeträgers den Betrag, der als Fürsorgeunterstützung gezahlt worden ist, einzubehalten und an ihn abzuführen. Dies gilt auch für die von einem Fürsorgeträger gewährte Unterstützung, die gleichzeitig mit der dem Leistungsempfänger gewährten Fürsorgeunterstützung seinem nicht getrennt lebenden Ehegatten und seinen minderjährigen unverheirateten Kindern gewährt ist.

Artikel 21

Schiedsklausel

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitgliedes sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 22

Berufung in die Organe des deutschen Trägers

Die deutschen Rechtsvorschriften, nach denen das passive Wahlrecht zum Deutschen Bundestag Voraussetzung für die Berufung als Mitglied der Organe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist, werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Abschnitt V

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 23

Übergangsregelungen

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten. Bei Anwendung der Vorschriften des Abschnitts III sind

plaćen kao stareljska pomoć, zadrži i njemu isplati. Ovo važi i za pomoć koju je odobrio nosilac-staratelj, koja je istovremeno odobrena uz pomoć starateljskog organa primaocu davanja, njegovom živom supružniku, koji nije odvojen, i njegovoj maloletnoj neudatoj odnosno neoženjenoj deci.

Član 21

Arbitražna klauzula

(1) Sporove izmedju država ugovornica o tumačenju ili primeni Sporazuma, ukoliko je moguće, treba da rešavaju nadležne vlasti.

(2) Ako se pojedini spor ne može rešiti na ovaj način, na zahtev jedne države ugovornice, spor se podnosi arbitražnom sudu.

(3) Arbitražni sud se obrazuje od slučaja do slučaja pri čemu svaka država ugovornica odredjuje jednog člana i oba se člana saglašavaju sa pripadnikom treće države koji je predsednik, a koga odredjuju vlade država ugovornica. Članovi se odredjuju u roku od dva meseca, predsednik u roku od tri meseca, od dana kada je država ugovornica obavestila drugu da spor želi podneti arbitražnom sudu.

(4) Ako nisu održani rokovi navedeni u stavu 3, i ne postigne se drugi dogovor, svaka država ugovornica može zamoliti predsednika medjunarodnog suda da izvrši potrebna imenovanja. Ako je predsednik državljanin jedne od država ugovornica ili je iz nekog drugog razloga sprečen imenovanja vrši podpredsednik. Ako je podpredsednik državljanin jedne države ugovornice ili ako je i on sprečen, imenovanja vrši njemu po rangu najbliži član suda, koji nije državljanin jedne od država ugovornica.

(5) Arbitražni sud odlučuje većinom glasova na osnovu ugovora koji postoje izmedju dve strane i opšteg medjunarodnog prava. Njegove odluke su obavezne. Svaka država ugovornica snosi troškove za svog člana kao i njegovog zastupnika u postupku pred arbitražnim sudom; troškove za predsednika kao i ostale troškove snose u jednakom delu države ugovornice. Arbitražni sud može odrediti drukčije regulisanje troškova. U ostalim stvarima arbitražni sud sam reguliše svoj postupak.

Član 22

Imenovanje u organe nemačkog nosioca

Ovaj Sporazum ne dira u nemačke pravne propise prema kojima je pasivno izborno pravo za nemački Bundestag (Parlament) preduslov za imenovanje za člana u organe Saveznog zavoda za posredovanje rada i osiguranja u slučaju nezaposlenosti.

Odeljak V

Prelazne i završne odredbe

Član 23

Prelazne odredbe

(1) Prava na davanja po osnovu ovog Sporazuma ne mogu se ostvarivati pre njegovog stupanja na snagu. Medjutim, prilikom primene propisa iz odeljka III uzimaju

jedoch auch rechtserhebliche Tatsachen aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens zu berücksichtigen.

(2) Tritt das Abkommen außer Kraft, so ist jede Person, die auf Grund seiner Bestimmungen am Tage des Außerkrafttretens Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf Grund des Abschnitts III bezieht, berechtigt, nach Maßgabe des genannten Abschnitts weiterhin Leistungen zu beziehen.

Artikel 24

Berlin-Klausel

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 25

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 26

Geltungsdauer

Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Belgrad, am zwölften Oktober eintausendneunhundertachtundsechzig, in vier Urschriften, je zwei in deutscher und serbo-kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Peter Blachstein

Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien:
Anton Polajnar

se u obzir važne pravne činjenice iz vremena pre stupanja na snagu ovog Sporazuma.

(2) Ako prestane važnost ovog Sporazuma svako lice, koje je na osnovu njegovih odredaba na dan prestanka njegove važnosti primalo davanja iz osiguranja za slučaj nezaposlenosti na osnovu odeljka III, ima pravo da i dalje, prema navedenom odeljku, prima davanja.

Član 24

Klauzula o Berlinu

Ovaj Sporazum važi i za Land Berlin, ukoliko vlada Savezne Republike Nemačke vladi Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije ne da u roku od tri meseca posle stupanja na snagu ovog Sporazuma suprotnu izjavu.

Član 25

Ratifikacija i stupanje na snagu

(1) Ovaj Sporazum podleže ratifikaciji. Ratifikacioni instrumenti razmeniće se što pre u Bonu.

(2) Ovaj Sporazum stupa na snagu prvog dana drugog meseca po isteku meseca u kome su razmenjeni ratifikacioni instrumenti.

Član 26

Trajanje važenja

Sporazum se zaključuje na neodredjeno vreme. Svaka država ugovornica može ga otkazati sa otkaznim rokom od tri meseca pre kraja svake kalendarske godine.

U POTVRDU CEGA su opunomoćenici potpisali ovaj Sporazum i stavili pečate.

RADJENO u Beogradu dana 12. oktobra 1968. godine u četiri originala, dva na nemačkom, dva na srpskohrvatskom jeziku pri čemu je svaki tekst jednako obavezan.

Za
Saveznu Republiku Nemačku:
Blachstein

Za
Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju:
Polajnar

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten jugoslawischen Arbeitnehmer hat in den letzten fünf Jahren beträchtlich zugenommen. Von 44 000 am 30. Juni 1963 stieg sie auf 98 000 am 30. Juni 1967 an, fiel dann — zum Teil konjunkturbedingt — auf 85 000 am 31. Januar 1968 und wuchs bis zum 30. September 1968 auf 119 000 an. Für 1969 wird ein Durchschnittsbestand von etwa 160 000 bis 170 000 jugoslawischen Arbeitnehmern bei einer saisonalen Spitze von 170 000 bis 180 000 erwartet. Die Nachfrage nach jugoslawischen Arbeitnehmern — bisher überwiegend Facharbeitern — hält unvermindert an.

Von 100 000 jugoslawischen Arbeitnehmern am 30. Juni 1968 waren rd. 64 v. H. Männer und 36 v. H. Frauen. Von den männlichen Arbeitnehmern waren rd. 45 v. H. im Bau- und Bauhilfsgewerbe, rd. 38 v. H. in der eisen- und metallerzeugenden und -verarbeitenden Industrie, rd. 16 v. H. im öffentlichen Dienst und 21 v. H. im Dienstleistungsgewerbe beschäftigt. Mit rd. 40 v. H. hatte der Landesarbeitsamtsbezirk Baden-Württemberg den Hauptanteil an den beschäftigten jugoslawischen Arbeitnehmern, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit rd. 20 v. H. (vgl. Anlagen 1 und 2). Ende Oktober 1967 waren von rd. 96 000 jugoslawischen Arbeitnehmern 21 v. H. unter einem Jahr, 53 v. H. zwischen einem und drei Jahren und 26 v. H. länger als drei Jahre in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt.

Die Zahl der deutschen Arbeitnehmer in Jugoslawien ist nicht bekannt. Von ihnen dürften die meisten als sogenannte entsandte Arbeitnehmer weiterhin dem deutschen Recht unterliegen. Nur wenigen deutschen Arbeitnehmern werden daher auf Grund des Abkommens Leistungen nach jugoslawischem Recht gewährt werden.

Das Abkommen regelt unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit vor allem Fragen, die sich aus der Beschäftigung jugoslawischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland bei der Durchführung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe ergeben. Es dient damit dem Schutz der in Deutschland beschäftigten jugoslawischen Arbeitnehmer gegen die wirtschaftlichen Folgen von Arbeitslosigkeit und wird die auch im deutschen Interesse liegende Beschäftigung jugoslawischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland fördern.

Die hauptsächlichen Grundsätze des Abkommens sind:

Jeder Vertragsstaat behandelt die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates wie seine eigenen Staatsangehörigen (Gleichbehandlungsgrundsatz — Artikel 4).

Für die Gewährung von Leistungen werden Versicherungszeiten aus einer Beschäftigung im anderen Vertragsstaat unter bestimmten Voraussetzungen berücksichtigt (Artikel 8 und 9).

Leistungen, die ein Arbeitsloser in seinem Heimatland unter Berücksichtigung einer Beschäftigung im anderen Vertragsstaat erhält, werden in begrenztem Umfange erstattet (Artikel 11).

II. Besonderes

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 enthält die üblichen Begriffsbestimmungen.

Artikel 2 bestimmt den sachlichen Geltungsbereich; er umfaßt in der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenhilfe und in Jugoslawien die Rechtsvorschriften über die materielle Sicherung im Fall der Arbeitslosigkeit.

Rechtsvorschriften, die sich aus zwischenstaatlichen Abkommen mit dritten Staaten oder aus dem Recht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergeben, fallen nicht unter das Abkommen.

Nach Artikel 3 gilt das Abkommen — vorbehaltlich der Sonderregelungen in Artikel 6 Abs. 2 und 3 — nur für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und für Flüchtlinge.

Artikel 4 enthält den eingangs genannten Gleichbehandlungsgrundsatz.

Artikel 5 bestimmt, daß bei der Feststellung von Versicherungspflicht und Leistungen jeder Vertragsstaat Einkünfte und Erwerbstätigkeiten im anderen Vertragsstaat in gleicher Weise berücksichtigt wie Einkünfte und Erwerbstätigkeiten im eigenen Staatsgebiet. Nach dieser Vorschrift ist z. B. die von einem jugoslawischen Versicherungsträger gewährte Rente auf die Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe ebenso anzurechnen wie die Rente eines deutschen Versicherungsträgers (§ 150 AVAVG). Eine weitere Auswirkung dieser Vorschrift ist, daß ein Beschäftigungsverhältnis auch dann nach § 57 AVAVG versicherungsfrei bleibt, wenn die wegen Erwerbsunfähigkeit gewährte Rente nicht von einem deutschen, sondern von einem jugoslawischen Versicherungsträger gewährt wird.

Abschnitt II

Arbeitslosenversicherungspflicht

Nach Artikel 6 Abs. 1 soll das am Beschäftigungsort geltende Recht maßgeblich sein; Absatz 2 berücksichtigt die besonderen Verhältnisse in der Seeschiffahrt (Flaggenrecht); nach Absatz 3 wird das am Heimatort des Arbeitnehmers geltende Recht angewandt, wenn seine Anwendung nach dem Abkommen über Soziale Sicherheit für die Sozialversicherung vorgesehen ist.

Abschnitt III

Leistungsrecht

Nach Artikel 7 gilt das Recht des Vertragsstaates, in dessen Gebiet der Anspruch geltend gemacht wird.

Artikel 8 enthält den eingangs erwähnten Grundsatz, daß Versicherungszeiten aus einer Beschäftigung im anderen Vertragsstaat gegenseitig anzurechnen sind, soweit das zur Erfüllung der Anwartschaftszeit erforderlich ist. Die Vorschrift bestimmt weiter die Voraussetzungen, unter denen der Grundsatz Anwendung finden soll.

Wird der Anspruch in dem Vertragsstaat geltend gemacht, in dem der Arbeitnehmer arbeitslos geworden ist, so soll der Grundsatz nur gelten, wenn der Arbeitnehmer nach seiner letzten Einreise in diesem Vertragsstaat mindestens vier Wochen beschäftigt war (Absatz 1 Satz 2).

Absatz 2 soll besonders den Fall regeln, daß ein jugoslawischer Arbeitnehmer, der in Deutschland beschäftigt war, seinen Anspruch in Jugoslawien geltend macht. Die deutschen Versicherungszeiten sollen dann nur berücksichtigt werden, wenn der Arbeitnehmer unverschuldet arbeitslos geworden ist, das deutsche Arbeitsamt der Rückkehr nach Jugoslawien zugestimmt hat und der Arbeitslose in Jugoslawien innerhalb von sechs Wochen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder des Unterstützungsbezuges die Leistungen in Jugoslawien beantragt. Die Voraussetzung unverschuldeter Arbeitslosigkeit trägt dem jugoslawischen Recht Rechnung, nach dem bei freiwilliger Arbeitslosigkeit in der Regel jeglicher Anspruch ausgeschlossen ist. Die jugoslawische Verhandlungsdelegation war daher der Auffassung, daß ein Arbeitsloser in Jugoslawien keine Leistungen erhalten kann, wenn er seine in Deutschland eingetretene Arbeitslosigkeit zu vertreten oder dort als Arbeitsloser eine Möglichkeit zur Aufnahme einer neuen Beschäftigung nicht genutzt hat.

Aus dieser Zweckbestimmung der Vorschrift ergibt sich auch der Maßstab, nach dem das deutsche Arbeitsamt seine Zustimmung zur Rückkehr des jugoslawischen Arbeitnehmers nach Jugoslawien zu erteilen hat (Absatz 3).

Hat ein Arbeitnehmer Eintritt oder Fortbestand der Arbeitslosigkeit selbst zu vertreten und ist ihm aus diesem Grunde der Anspruch entzogen worden, so kann der Träger des anderen Vertragsstaates Versicherungszeiten, die vor dem Zeitpunkt der Entziehung liegen, nicht berücksichtigen (Absatz 4).

Nach Artikel 9 Abs. 1 sollen auch für die Feststellung der Anspruchsdauer Versicherungszeiten aus einer Beschäftigung im anderen Vertragsstaat berücksichtigt werden, soweit das notwendig ist, um eine Leistungsdauer von insgesamt 26 Wochen zu begründen. Nach Absatz 2 sollen auf die Anspruchsdauer unter gewissen Voraussetzungen Zeiten angerechnet werden, in denen der Arbeitslose bereits im anderen Vertragsstaat Leistungen bezogen hat.

Nach Artikel 10 Abs. 1 soll sich das in Deutschland auf Grund jugoslawischer Versicherungszeiten zu gewährende Arbeitslosengeld nach dem tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgelt bemessen, das am Wohnort des Arbeitslosen für eine vergleichbare Beschäftigung zu zahlen wäre. Nach Absatz 2 Satz 1 sollen Angehörige des Leistungsempfängers, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, bei der Bemessung der Leistung so behandelt werden, als hielten sie sich gewöhnlich im Inland auf. Nach Absatz 2 Satz 2 soll der Angehörige oder die Person, Anstalt oder Behörde, in deren Obhut sich der Angehörige befindet, wenn der Berechtigte seiner Unterhaltspflicht nicht nachkommt, den Teil des Arbeitslosengeldes, der nach innerstaatlichem Recht an eine dieser Personen oder Stellen auszuzahlen wäre, auch dann erhalten, wenn diese sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet (vgl. § 181 Abs. 3 und 4 AVAVG).

Artikel 11 sieht vor, daß die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dem jugoslawischen Versicherungsträger die Leistungen zu erstatten hat, die dieser einem Arbeitslosen unter Berücksichtigung deutscher Versicherungszeiten nach Artikel 8 Abs. 2 gewährt hat. Zu diesen Leistungen gehören auch die vom jugoslawischen Träger aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung entrichteten Beiträge zur Krankenversicherung und zum Kindergeld. Die Erstattung hat zur Voraussetzung, daß der Arbeitslose mindestens 26 Wochen in Deutschland versicherungspflichtig beschäftigt gewesen ist. Sie ist auf die für sechs Monate gewährten Leistungen begrenzt. Zeiten, für die der Arbeitslose bereits in dem Vertragsstaat, in dem er beschäftigt war, Leistungen erhalten hat, werden angerechnet.

Abschnitt IV

Verschiedene Vorschriften

Artikel 12 bis 21 enthalten die üblichen Bestimmungen über Amts- und Rechtshilfe, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und Urkunden, Befreiung von Steuern und Gebühren sowie Verzicht auf die Legalisation von Urkunden und Schriftstücken, unmittelbarer Verkehr der beteiligten Stellen, Zustellung von Bescheiden im anderen Vertragsstaat, die Fristwahrung durch Einreichung von Anträgen, Erklärungen und Rechtsbehelfen bei an sich unzuständigen Stellen, Verwaltungsvereinbarungen, Verbindungsstellen, den Übergang von Schadenersatzansprüchen gegen Dritte, Zahlungsverkehr, Erstattung von Vorschüssen und zu Unrecht gewährten Leistungen sowie die Schiedsklausel.

Artikel 22 stellt klar, daß die jugoslawischen Arbeitnehmer nicht als Mitglieder in die Organe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berufen werden können.

Abschnitt V

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 23 Abs. 1 schließt Leistungsansprüche für Zeiten der Arbeitslosigkeit aus, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens liegen, dagegen sollen Tatbestände (Artikel 8) aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens bei der Feststellung von Ansprüchen berücksichtigt werden. Nach Absatz 2 sollen im Falle des Außerkrafttretens des Abkommens laufende Bezüge fortgewährt werden.

Artikel 24 bis 26 behandeln in der üblichen Weise die Geltung des Abkommens im Land Berlin sowie die Ratifizierung, das Inkrafttreten, die Geltungsdauer und die Kündigung des Abkommens.

In der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte jugoslawische Arbeitnehmer

(nach Wirtschaftsbereichen)

Wirtschaftsbereiche	31. Juli			30. Juni							
	1956	1958	1960	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968 zusammen	1968 dav. Frauen
Landwirtschaft	84	243	193	207	426	400	481	687	1 152	764	88
Steinkohlenbergbau	402	1 156	753	623	1 046	1 216	1 537	1 959	1 686	1 325	9
Sonstiger Bergbau	27	54	172	379	659	818	1 015	1 358	1 783	1 266	50
Eisen- und Metallerzeugung u. -verarbeitung	520	1 089	3 022	7 847	11 009	12 082	15 774	24 329	23 059	23 723	6 282
Bau- und Bauhilfsgewerbe	282	456	1 530	7 544	17 772	23 381	26 498	34 946	27 821	28 056	205
Textil und Bekleidung	86	166	440	1 100	2 046	2 371	3 026	5 330	5 558	6 077	4 395
Sonstige verarbeitende Gewerbe	467	1 017	1 102	2 325	3 965	4 432	5 436	9 501	10 780	10 741	4 132
Verkehrswesen	138	219	116	125	239	228	304	479	636	619	111
Häusliche Dienste	108	162	186	207	403	364	·	·	·	·	·
Sonstige Dienstleistungen	55	181	606	1 451	3 229	3 596	4 606	8 256	11 589	12 319	10 081
Handel, Geld- und Versicherungswesen	69	78	401	840	1 388	1 534	1 997	3 550	4 216	4 388	2 090
Öffentlicher Dienst	59	114	305	960	2 246	2 635	3 386	6 280	9 445	10 382	8 759
Insgesamt	2 297	4 935	8 826	23 608	44 428	53 057	64 060	96 675	97 725	99 660	
davon Frauen	·	·	1 657	4 309	9 298	11 142	14 443	25 471	32 202		36 202

Anlage 2 zur Denkschrift

In der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte jugoslawische Arbeitnehmer

(nach Landesarbeitsamtsbezirken)

Landesarbeitsamts-bezirke	31. Juli			30. Juni							
	1956	1958	1960	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	
										zusammen	dav. Frauen
Schleswig-Holstein–Hamburg	71	125	214	344	502	529	699	1 534	2 606	2 728	999
Niedersachsen-Bremen	105	230	294	769	1 794	2 286	2 566	3 569	2 792	2 997	1 119
Nordrhein-Westfalen	1 309	2 684	3 336	7 470	11 513	12 258	14 991	21 238	20 574	20 762	6 832
Hessen	102	240	621	1 636	4 354	6 634	8 371	13 863	14 378	15 034	5 040
Rheinland-Pfalz–Saarland	45	173	406	971	1 674	1 829	2 232	2 904	2 874	2 801	850
Baden-Württemberg	251	875	2 992	9 819	18 821	23 126	27 146	41 569	41 178	39 627	15 716
Nordbayern	111	201	235	620	1 202	1 331	1 583	2 381	2 018	2 152	642
Südbayern	223	313	631	1 861	4 368	4 852	6 209	9 122	10 531	12 210	4 506
Berlin (West)	80	94	97	118	200	212	263	495	774	1 349	498
Insgesamt	2 297	4 935	8 826	23 608	44 428	53 057	64 060	96 675	97 725	99 660	
davon Frauen	·		1 657	4 309	9 298	11 142	14 443	25 471	32 202		36 202

Bn 912073 4. 69